

Fracking

Viel Kritik an der Erdgas-Förderung

16.11.2011 | 06:00 Uhr

Mülheim. Tagt der Ausschuss für Umwelt und Energie sonst im kleineren Saal, so wurde die letzte Sitzung ins VHS-Forum verlegt. Grund war das Schwerpunktthema Fracking, zu dem die Kommunalpolitiker auch möglichst vielen Bürger die Möglichkeit geben wollten, sich ein Bild zu machen. Wie berichtet, geht es beim Fracking um ein Verfahren, bei dem unter Druck mit Chemikalien versetztes Wasser ins Erdreich gepumpt wird, um das im Gestein gebundene Erdgas zu gewinnen.

Die Wintershall GmbH, eine BASF-Tochter, hat sich bereits zwei Erlaubnisfelder im Rheinland und Ruhrgebiet gesichert, wozu auch Teile des Mülheimer Südens gehören. Wintershall-Geologe Harald Karg erläuterte dem Ausschuss das Frackingverfahren ausführlich. Geplant seien aber zunächst nur, nach geologischer Voruntersuchung, fünf Bohrungen in den nächsten zwei Jahren, um in einer Tiefe von bis zu 340 m Proben zu entnehmen.

Kritische Stimmen

Ob überhaupt genug Gas für einen Abbau vorhanden ist, soll so geklärt werden. Es sei noch gar nicht klar, ob diese Bohrungen auf Mülheimer Gebiet stattfänden. Es handele sich hier weder um eine Tiefen-, noch eine Frackbohrung, wollte er beruhigen.

Doch die anderen Stimmen blieben kritisch: Ulrich Peternitz, Geologe der Gelsenwasser-AG, drückte die Sorge aus, dass die beim Fracking eingesetzte Flüssigkeit, die gesundheitsgefährdende Chemikalien enthalte, durch Unfälle an der Bohrstelle und Undichtigkeiten im Gestein in den Boden geraten könnten. Er nannte Beispiele aus den USA, aber auch aus Deutschland.

Die Abwasserreinigung werfe Fragen auf. Peternitz zeigte sich erleichtert, dass die NRW-Landesregierung erst das in Auftrag gegebene Gutachten über die Umweltauswirkungen des Frackings abwarten will.

Mohr sieht Trinkwasser gefährdet

Es soll spätestens in der zweiten Jahreshälfte 2012 vorliegen. In Wasserschutzgebieten dürfe Fracking gar nicht gestattet werden, forderte er. Erhard Mohr, der nach eigenen Worten als Vertreter der Bürgervereine für fast zwei Drittel der Mülheimer vor den Ausschuss trat, formulierte die Besorgnis um sauberes Trinkwasser und saubere Luft: „Wir sehen mit großer Sorge die Schäden auf uns zukommen. Wir wollen Sicherheit und keine kurzfristigen Bilanzen.“

Die CDU betonte, dass die Bedenken der Bürger aus der Welt geschafft werden müssten. Die MBI forderte, diese „gefährlichen Experimente“ zu verhindern“. Die FDP verlangte, wie die CDU, eine größtmögliche Öffentlichkeit auch in der Diskussion. Wolf-Jürgen Richter (Grüne) verwies auf einen Störfall mit Benzol an einer Fracking-Bohrstelle in Norddeutschland. Die SPD schloss sich den Sorgen Mohrs an und forderte eine Änderung des Bergrechts.

Denn das verhindert derzeit eine frühe Bürgerbeteiligung, weil eine Umweltverträglichkeitsprüfung beim gestuften Genehmigungsverfahren an dieser Stelle noch nicht vorgesehen ist, wie Vertreter der Bezirksregierung Arnsberg (die Bergbehörde für NRW) zuvor ausgeführt hatten.

„Derzeit geht es um das Aufsuchen von Lagerstätten – nicht um die Gewinnung“ hatte Wolfgang Dronia (Bergbehörde) erläutert. Eine Gewinnung setze aber eine Bewilligung durch die Behörde voraus. Info: www.bezreg-arnsberg.nrw.de

Bettina Kutzner